

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION IM LANDTAG

**Zwölf Jahre grüne Bildungspolitik in Baden-Württemberg
unter Ministerpräsident Kretschmann**

Bildungsland Baden-Württemberg

Freiheit, Chancen, Perspektiven: Für ein selbstbestimmtes Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft ist und bleibt Bildung der entscheidende Schlüssel. Bildung ermöglicht den Menschen Berufs- und Lebensperspektiven.

Als Bundesland mit nur geringfügigen natürlichen Ressourcen ist Baden-Württemberg im besonderen Maße auf eine erstklassige Bildung angewiesen, wenn es den Wohlstand erhalten und für zukünftige Generationen sichern will.

Bildung hat in unserem Bundesland sogar Verfassungsrang: Artikel 11 der baden-württembergischen Landesverfassung legt dabei fest, wie das Bildungssystem hierzulande gestaltet sein muss:

- (1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.
- (2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.



Jedes Kind hat seine eigenen Begabungen – und diese sind es wert, bestmöglich gefördert zu werden.

Das bedeutet für uns: Jedes Kind hat seine eigenen Begabungen – und diese sind es wert, bestmöglich gefördert zu werden. Deshalb bedarf es eines Bildungssystems, das genau diesem Grundsatz gerecht wird: Wir brauchen eine (leistungs-)differenzierte und vielfältige Bildungslandschaft, so dass jedes Kind seinen Begabungen entsprechend bestmöglich schulisch und beruflich bzw. akademisch ausgebildet wird.

Jede Schulart hat dabei ihre Berechtigung und trägt dazu bei, dass Bildungsgerechtigkeit auch wirklich gelebt werden kann. Jeder Angriff auf unser Bildungssystem kommt für uns daher auch einem Angriff auf Artikel 11 der baden-württembergischen Landesverfassung und damit verbunden auf die Bildungsgerechtigkeit gleich.

Die Ausgangssituation: Wo stand Baden-Württemberg 2011?

Als Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zusammen mit der SPD im Jahr 2011 die Landesregierung bildete, zehrte Baden-Württemberg nach den einschlägigen Large-Scale-Bildungsstudien (große Schulleistungsuntersuchungen) noch von seiner Position als Bildungsmusterland der vergangenen Jahre, in denen noch CDU und FDP die Bildungspolitik verantworteten. So belegte Baden-Württemberg im Ranking des **IQB-Ländervergleichs**¹ bis dahin durchweg gute bis sehr gute Plätze.

Im Fach Mathematik konnte unser Land damals seine Position halten und gehörte – zusammen mit Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt – zu den vier Bundesländern, die **im Ländervergleich** der Viertklässler 2011 **signifikant besser** abschlossen als der **Durchschnitt aller Bundesländer**.

Ähnlich positiv gestaltete sich damals noch das Bild im
4 Fach Deutsch. Es lohnt, einen genaueren Blick auf die Ent-

wicklung der Leistungen der Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen zu werfen:

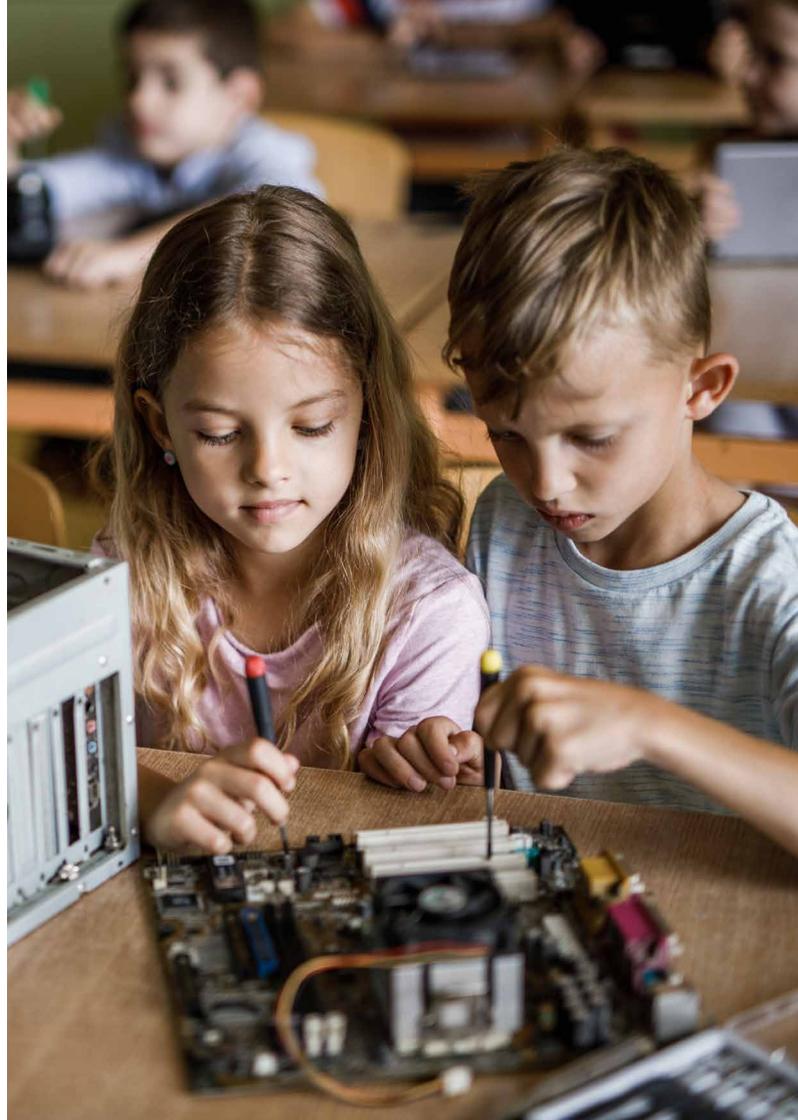
Vergleicht man die damaligen Befunde zur Erreichung der Bildungsstandards bei den Viertklässlerinnen und Viertklässlern in Baden-Württemberg mit denen der anderen 15 Länder, so fällt Folgendes auf:

Im Kompetenzbereich „Zuhören“ gehörte Baden-Württemberg zu den sieben Ländern, in denen der Anteil von Kindern, die den Mindeststandard verfehlten, mit unter 7 Prozent am niedrigsten war. Der Anteil derjenigen Kinder, die im Zuhören den Regelstandard oder bessere Leistungen erzielen konnten, war bundesweit in Baden-Württemberg am zweithöchsten. In den anderen Kompetenzbereichen bewegten sich die Verteilungen der Schülerinnen und Schüler auf die Kompetenzstufen in Baden-Württemberg im oberen Mittelfeld.²

Auch die Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2012 für die Schülerinnen und Schüler der neunten Klassen fielen zufriedenstellend aus. Das galt ganz besonders für die neunten Klassen der Gymnasien.

Ein ähnlich positives Bild erbt Grün-Rot zu Beginn der Legislatur nach dem **Bildungsmonitor** der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. Dieser misst mit seiner ökonomischen Perspektive auf Bildung nicht nur die Schulqualität im engeren Sinne, sondern darüber hinaus weitere Indikatoren. Dazu zählen beispielsweise die Ausgabenpriorisierung der öffentlichen Hand („Welcher Stellenwert wird der Bildung im Ausgabeverhalten der öffentlichen Haushalte eingeräumt?“) oder der Aspekt der Bildungsarmut („Verhindert das Bildungssystem das Entstehen von Bildungsarmut, indem Jugendliche am Ende ihre Schullaufbahn die erforderliche Ausbildungs- und Studienreife aufweisen?“).

Baden-Württemberg belegte im Jahr 2011 hinter Sachsen und Thüringen einen ausgezeichneten dritten Platz – noch vor Bayern! Im Vergleich zu den Jahren 2000 bzw. 2006 konnten punktuell sogar Verbesserungen beobachtet werden. Hierzu gehörten die Schulabschlüsse (weniger Schulabbrecher) sowie der Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen (Abitur an beruflichen Schulen).



Wo steht Baden-Württemberg heute im Jahr 2023?

Unter dem dritten Kabinett Kretschmann (seit 2021) ist inzwischen ein deutlicher und dramatischer Einbruch bei den Leistungen der Schülerinnen und Schüler zu verzeichnen. Baden-Württemberg verliert seinen Platz an der deutschen Bildungsspitze und rutscht binnen weniger Jahre ins Mittelmaß – teilweise sogar bis fast ans Ende bundesdeutscher Vergleiche ab! **Ehemals in der bildungspolitischen Champions League findet sich Baden-Württemberg heute in der Bildungsliga auf den Abstiegsrängen wieder.**

So zeigen die Daten des **IQB-Bildungstrends 2021** für die **Viertklässler** eine besorgniserregende Zunahme der Schülerinnen und Schüler, die im Fach Deutsch im Kompetenzbereich **Lesen** den Mindeststandard nicht erreichen: Der Anstieg betrug ganze 8,8 Prozentpunkte (von 10,3% 2011 auf 19,1% in 2019). Zum Vergleich: Für Deutschland insgesamt betrug die Zunahme 6,4 Prozentpunkte.

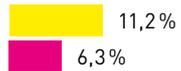
Auf der anderen Seite des Leistungsspektrums im Bereich Lesen sieht es nicht besser aus: Bei den Schülerinnen und Schülern, die im gleichen Kompetenzfeld den Optimalstandard erreichten, gab es im selben Zeitraum einen starken Rückgang – um 4,9 Prozentpunkte.

Zum Vergleich: Die Differenz der Jahre 2021–2011 betrug im Bereich Lesen für Deutschland im Durchschnitt 4,2 Prozentpunkte. Im Mittelfeld (Regelstandard erreicht) gab es einen Rückgang um unglaubliche 11,9 Prozentpunkte (Durchschnitt für Deutschland: -9,0 Prozentpunkte)!

IQB 2011 und 2021 Bereich „Lesen“, 4. Klasse

■ Lesen 2011 ■ Lesen 2021

Optimalstandard erreicht



Regelstandard erreicht



Mindeststandard nicht erreicht



Veränderung im Bereich „Lesen“, 4. Klasse

Optimalstandard erreicht

-4,9%

Regelstandard erreicht

-11,8%

Mindeststandard nicht erreicht

+8,8%



Noch negativer fällt das Ergebnis für den Vergleich der Erhebungsjahre 2011/2021 in **Orthographie** aus. Hier verfehlt mehr als ein Viertel der Schülerinnen bzw. Schüler der **vierten Grundschulklasse** den Mindeststandard.

In **Mathematik** verfehlt jede fünfte Schülerin bzw. jeder fünfte Schüler der vierten Grundschulklasse den Mindeststandard.

Rechnet man die Daten bzw. Leistungsdefizite des IQB-Bildungstrends in Monate um, werden die Lernrückstände deutlich ersichtlich:

Die baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler haben binnen zehn Jahren bereits in der vierten Klasse etwa **acht Monate in Mathematik, neun Monate im Lesen und sechs Monate Rückstand bei der Rechtschreibung** (im Vergleich zu 2016). Das entspricht in jedem der genannten Bereiche mindestens einem halben Schuljahr⁷!

Nicht besser fällt der Vergleich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Leistungen der **Neuntklässler** nach dem **IQB-Bildungstrend von 2018** aus. Es ist erschreckend, dass die Leistungen in Baden-Württemberg in **Mathematik** sich inzwischen auch am Gymnasium nicht mehr signifikant-positiv vom – wohlgemerkt gesunkenen – bundesdeutschen Mittelwert unterscheiden. Baden-Württemberg „entwickelt“ sich demnach im Bereich der naturwissenschaftlichen Fächer nach unten.

Die Lernstanderhebung **VERA 8-2022 in Baden-Württemberg** zeigt, dass im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit weitere Leistungseinbußen bei den Neuntklässlerinnen und Neuntklässlern zu beklagen sind: In **Deutsch** ergab sich ein Lernrückstand von etwa einem Drittel und in **Mathematik** von etwa einem Zehntel Schuljahr⁸.

Das **Bestandsranking des Bildungsmonitors 2022 der INSM**, der den aktuellen Zustand der Bildung in den

einzelnen Bundesländern für das Jahr 2022 illustriert, bestätigt:

Baden-Württemberg verliert seine Platzierung des Jahres 2011 als drittbestes Land und **rutscht in der Tabelle des Länder-Bildungsvergleichs auf Platz 6 ab**.

Betrachtet man das **Dynamikranking des Bildungsmonitors 2022 der INSM**, welches bildungsrelevante Indizes der Jahre 2022 mit denen von 2013 vergleicht, dann **belegt Baden-Württemberg einen katastrophalen Platz 14!**

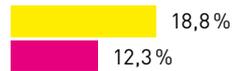
In den Einzelbereichen Bildungsarmut und Schulqualität belegt Baden-Württemberg sogar Platz 15, im Bereich Internationalisierung den katastrophalen Platz 16 – und damit den letzten Platz im Bundesländervergleich!

IQB 2011 und 2021 Bereich „Mathematik“, 4. Klasse

■ Mathematik 2011

■ Mathematik 2021

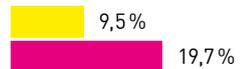
Optimalstandard erreicht



Regelstandard erreicht



Mindeststandard nicht erreicht



Veränderung im Bereich „Mathematik“, 4. Klasse

Optimalstandard erreicht

-7,5%

Regelstandard erreicht

-16,4%

Mindeststandard nicht erreicht

+10,2%

Vor allem in Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels und zahlreicher unbesetzter Ausbildungsstellen sind gerade die Platzierungen im Bereich der Beruflichen Bildung laut Bildungsmonitor ein schallendes Alarmsignal:

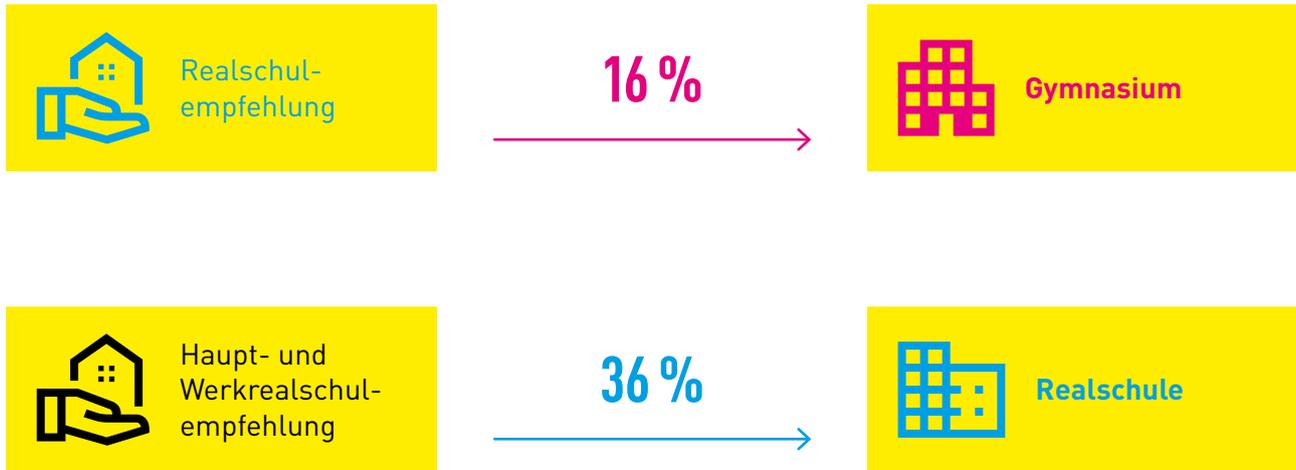
Im Bestandsranking von 2022 belegt Baden-Württemberg bei der Absolventenzahl beruflicher Vollzeitschulen Platz 15 und im Dynamikranking Platz 16. Unser Land spielt wirtschaftlich ganz oben mit – doch in der Bildungsliga bildet Baden-Württemberg viel zu oft das Schlusslicht.

Schließlich stellt der jüngste Regional-Band „**Bildung in Baden-Württemberg 2018**“ der Autorengruppe Bildungsberichterstattung fest, dass sich selbst nach anderthalb Legislaturperioden unter Kretschmanns Ägide soziale Disparitäten in den Schülerleistungen nicht im Geringsten verringert hätten.⁹

Betrachtet man einzelne bildungspolitische Maßnahmen der Landesregierung, so ergeben sich weitere negative Folgen von alarmierender Bedeutung:

- › Laut SWR¹⁰, der sich dabei auf Zahlen des Statistischen Landesamtes stützt, wechselten seit Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung mehr Kinder von den Grundschulen auf weiterführenden Schulen, für die sie keine Grundschulempfehlung hatten. Rund 16 % der Grundschülerinnen und -schüler wechselten demnach mit einer Realschulempfehlung auf das Gymnasium, 36 % der Kinder mit einer Haupt- und Werkrealschulempfehlung auf die Realschule. **Die professionellen Empfehlungen der Grundschullehrkräfte werden somit leider zu häufig umgangen** – mit den bekannten Folgen für die Schülerinnen und Schüler.
- › Laut Sondererhebung des Kultusministeriums nahmen nach der Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung im Jahr 2011 die **Sitzenbleiberquoten** in Baden-Württemberg zu: Um mehr als das Doppelte an Gymnasien und um fast das Fünffache an Realschulen.
- › Im Vergleich zu 2011/2012 gab es im Schuljahr 2017/2018 laut Kultusministerium außerdem **fast ein Viertel mehr Schulwechsler** von Gymnasien auf andere weiterführende Schulen in Baden-Württemberg.

Viele Grundschul Kinder besuchen nicht diejenige weiterführende Schulart, die laut Grundschulempfehlung am besten für sie geeignet wäre:



Quelle: SWR und Statistisches Landesamt¹¹



Diese Befunde zeigen klar, dass eine **zu hohe Anzahl an Schülerinnen und Schülern in den Eingangsklassen an Gymnasien und Realschulen in Baden-Württemberg überfordert ist**, was auch durch eine Umfrage des Philologenverbands zum Schuljahr 2018/19 bestätigt wird (Überforderung an den Gymnasien in den Klassenstufen 5–8: 7,2%; in Klassenstufe 6: 8,6%).

Anfang April 2023 erklärte der Vorsitzende des Philologenverbands Baden-Württemberg, Ralf Scholl, im Rahmen der genannten SWR-Berichterstattung:

„Die Freigabe der Grundschulempfehlung 2012 war ein Kardinalfehler in der baden-württembergischen Bildungspolitik, der den Abwärtstrend des schulischen Bildungserfolgs in BW deutlich verstärkt hat. [...] Wenn 80 Prozent der Lehrkräfte die ständigen Misserfolgserlebnisse der überforderten Kinder beklagen und ihre völlige Frustration, wenn sie dann – oft Jahre zu spät – endlich die Schulart wechseln, dann ist das auch eine heftige Anklage dagegen, dass auf diese Weise institutionalisiert Bildungsverlierer produziert werden, obwohl das vermeidbar wäre.“

Auch die Vorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg, Dr. Karin Broszat, fand anlässlich einer Umfrage unter Lehrkräften sehr deutliche Worte der Kritik an der von den Grünen und SPD beschlossenen Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung:

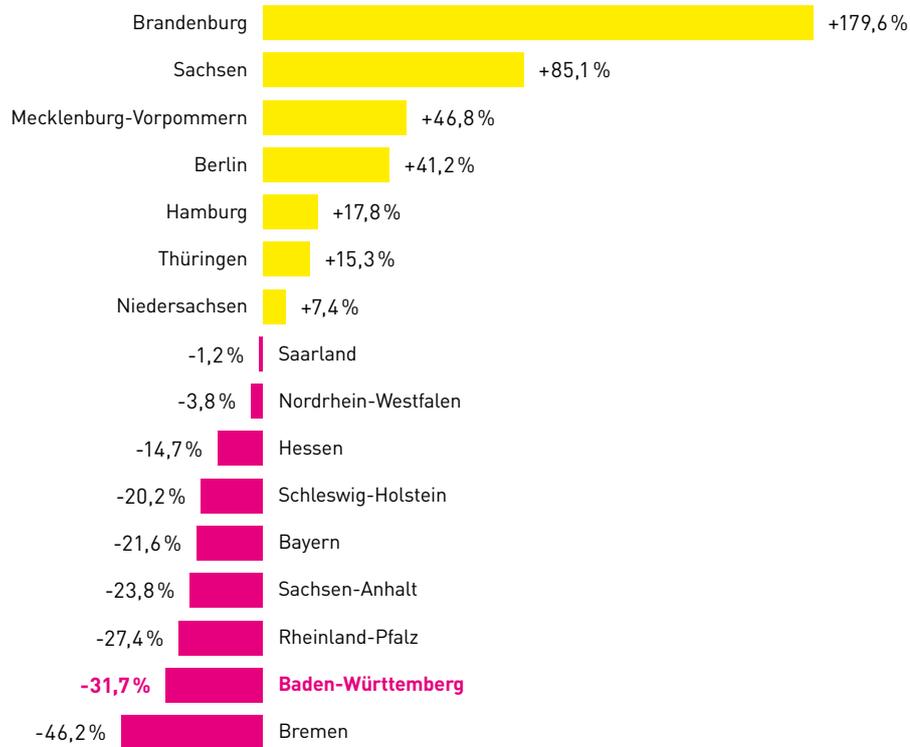
„Die Anzahl der durch die Unverbindlichkeit der Schulempfehlung mittlerweile gebrochenen, wenn nicht gar zerbrochenen Schulbiografien ist eklatant. Diese ideologisch fehlleitende Schulpolitik versündigt sich geradezu an ganzen Generationen von Schülerinnen und Schülern und muss ein Ende haben! [...] Die verbindliche Grundschulempfehlung wird nicht alle, jedoch nachweislich offensichtlich erhebliche Probleme im Bildungssystem kostenneutral und ohne teuer aufgelegte Programme lösen können.“

Dass in den vergangenen Jahren während der Ministerpräsidentenschaft Kretschmanns auch für die baden-württembergischen Lehrkräfte die Arbeitsbedingungen immer schlechter wurden und somit die Attraktivität des Lehrerberufs immer weiter abnahm, zeigen auch die neuesten Zahlen bezüglich der Lehramtsabsolventen in den Bundesländern (vgl. Grafik rechts):

Man kann also festhalten:

Die Qualität an den Schulen in Baden-Württemberg hat in den letzten zwölf Jahren kontinuierlich und in galoppierender Geschwindigkeit abgenommen.

Lehramtsabsolventen in den Bundesländern Veränderung 2021 gegenüber 2010



Wer trägt die Verantwortung?

Die Bildungspolitik gehört im Rahmen der föderalen Zuständigkeitsteilung zwischen Bund und Ländern zur

Kernkompetenz der Bundesländer.

Damit ist Ministerpräsident Winfried Kretschmann – zusammen mit seinen Regierungsmitgliedern – der Hauptverantwortliche der derzeitigen Bildungskrise und der gescheiterten Bildungspolitik der letzten Dekade.

Deshalb ist es wichtig, einen detaillierten Blick auf die grün-geführten Landesregierungen und deren bildungspolitischen Maßnahmen zu richten:

Das Land hat seit 2011 unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann massiv in die Schullandschaft eingegriffen. Zu dieser – vorrangig ideologisch motivierten – Schulpolitik der Landesregierung zählen vor allem:

- › Die Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung.
- › Die Schaffung der Gemeinschaftsschule als „eine Schule für alle“ – inklusive einer eigenen Oberstufe. Damit soll die Vision eines Zwei-Säulen Modells (bestehend aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) von Ministerpräsident Kretschmann ein realisiert werden.
- › Eine Privilegierung der Gemeinschaftsschulen bei gleichzeitigem „Rückbau“ der Haupt-, Werkreal- und Realschulen.

- › Gleichzeitig der sukzessive Abbau des Leistungsgedankens: zwei Schulversuche zur Grundschule ohne Noten, Abschaffung des Sitzenbleibens in der fünften Klasse der Realschulen, kein Sitzenbleiben in der Gemeinschaftsschule.
- › Der Abbruch der externen Schulleistungsbewertung – es werden nur noch interne Evaluationen durchgeführt.
- › Die Zerschlagung des Landesinstituts für Schulentwicklung und die Neuschaffung des Instituts für Bildungsanalysen Baden-Württemberg und des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung. Hierdurch wurden Parallelstrukturen geschaffen und die bisher funktionierende Struktur (aus Kultusministerium, Regierungspräsidien, Staatlichen Schulämtern und den Schulen) zerschlagen.

Das traurige Fazit lautet:

Das Bildungsdesaster kam nicht zufällig über das baden-württembergische Bildungssystem, sondern es wäre vielmehr vermeidbar gewesen. Die ehemals hohe Qualität unseres Bildungsstandorts wurde ganz entscheidend durch eine falsche, ideologische Bildungspolitik Stück für Stück ruiniert. Hierfür ist ganz klar die Politik von Ministerpräsident Kretschmann der letzten zwölf Jahre verantwortlich.





**Was ist zu tun?
Unsere Ideen und Forderungen.**



Weltbeste Bildung muss die Richtschnur unseres Handelns sein. Baden-Württemberg muss wieder Bildungsspitze werden.

Die Bildung unserer jungen Menschen ist zu wichtig, als dass wir uns ein zweitklassiges Schulwesen leisten können. **Wir in Baden-Württemberg müssen wieder Bildungsspitze werden!** Das sind wir der Zukunft des Landes Baden-Württemberg und unseren Kindern schuldig. Das Vertrauen darauf, dass die Gründung einer Existenz und der Aufstieg in Beruf und Gesellschaft durch Bildung möglich sind, bildet eine wesentliche Grundlage für das Vertrauen in unsere freiheitliche Demokratie und ihre Institutionen insgesamt.

Weltbeste Bildung ist Richtschnur unseres Handelns. Um Leistung und Qualität gleichermaßen anbieten zu können, braucht ein Bildungswesen verlässliche Rahmenbedingungen und zudem eine auskömmliche Ressourcenausstattung. Damit sich die Rahmenbedingungen nicht nach jedem Regierungswechsel ändern und Bildung ein Spielball der Parteipolitik wird, treten wir Freie Demokraten für einen **stabilen Schulfrieden** ein, der den Verantwortlichen vor Ort ein Höchstmaß an Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit gibt.

Dafür setzen wir uns ein:

- › Ein vielfältiges, (leistungs-)differenziertes und durchlässiges Schulsystem: Schluss mit allen gleichmacherischen Konzepten – stattdessen eine **Beschulung, die den unterschiedlichen Begabungen der Schülerinnen und Schüler angepasst ist**. Ziel ist nicht die „Eine-Schule-für-alle“, sondern die passende Schule für jeden jungen Menschen. Jede Begabung ist es wert, bestmöglich gefördert zu werden. Das ist auch Kern des Artikels 11 der Landesverfassung Baden-Württembergs. Deshalb müssen alle Schularten, insbesondere jedoch die Haupt-, Werkreal- und Realschulen, wieder gleichermaßen und gleichberechtigt gestärkt werden. Mittel- und langfristig möchten wir die Werkrealschulen zu Beruflichen Realschulen weiterentwickeln.
- › Ein klares Bekenntnis zum **Leistungsgedanken**.
- › Eine Konzentration aller Kräfte und Mittel auf die kurz-, mittel- und langfristige **Beseitigung des Lehrkräftemangels**.
- › Eine Wiedereinführung der **Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung** (mit Möglichkeit einer Aufnahmeprüfung bei Wunsch, eine andere Schulart zu besuchen). Hierzu hat die FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht (vgl. Drucksache 17/4142).
- › Die Vorteile eines starken **leistungsdifferenzierten, vielfältigen und durchlässigen Bildungssystems** in Verbindung mit einer Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung liegen dabei auf der Hand:
 - » Erleichterung der Bildung von homogeneren Klassen nach Begabung und Leistungsvoraussetzung der Schülerinnen und Schüler.
 - » Leichtere Möglichkeit der individuellen Förderung.
 - » Weniger überforderte Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte.
 - » Weniger Klassenwiederholende und Sitzenbleibende – und damit weniger Frustration und Demotivation von Schülerinnen und Schülern aufgrund einer falschen Schulartenwahl.
 - » Höhere Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit.
- › Faire Bedingungen bei der **Ausstattung der Schulen** und eine an die Realität angepasste Verwaltungsvorschrift Schulbau.
- › Echte Wahlfreiheit bei der Ganztagschule.
- › Klares Bekenntnis zu **G9 als Regelform** an allen Gymnasien.

- › Eine **IT-Ausstattung** auf der Höhe der Zeit und **Informa-
tik** als fester Bestandteil der Stundentafel aller weiter-
führenden Schulen. Wir dürfen die Kommunen hierbei
nicht alleine lassen und müssen diese landesseitig
unterstützen. Das Land muss mit dem Bund Seite an
Seite die **Digitalisierung an Schulen vorantreiben**. „Weg
vom Kooperationsverbot, hin zu einem Kooperationsge-
bot“ muss das Credo lauten.
- › Flächendeckender Ausbau des **Ethik- und des islami-
schen Religionsunterrichts**.
- › **Abschaffung des Numerus Clausus an Pädagogischen
Hochschulen**. Wir können es uns nicht leisten, diejeni-
gen abzulehnen, welche sich für einen Werdegang als
Lehrkraft entscheiden und an der Notenhürde scheitern.
Es ist unerklärlich, weshalb die meisten gymnasialen
Fächer ohne Notenschränke studiert werden können,
während ausgerechnet für diejenigen Schularten mit
dem gravierendsten Lehrkräftemangel (Grundschulen
und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszent-
ren) nach wie vor eine Notenschränke existiert.
- › Konzentration auf das, was wichtig ist. Zum Beispiel:
Weniger Gender-Probleme wälzen, sondern sich auf die
Unterrichtsqualität fokussieren.

Das Konzept der Freien Demokraten folgt damit dem Auf-
ruf eines liberalen Urgesteins, Professor Ralf Dahrendorf
(1929–2009), zu einer „**aktiven Bildungspolitik**“. Diese will
dafür sorgen, dass nicht nur formell ein Recht auf Bildung
besteht, sondern dieses Recht auch tatsächlich einge-
löst werden kann. Dieses Grundanliegen Dahrendorfs hat
nach unserer Auffassung nichts an Aktualität verloren. Im
Gegenteil: Wenn wir auch zukünftig eine Existenzgründung
und beruflichen wie sozialen Aufstieg durch Bildung ermög-
lichen wollen, bedarf es eines erstklassigen Bildungsange-
bots. Oder anders gesagt:

**Es bedarf eines Rechts auf weltbeste Bildung und eine
Bildungsgarantie. Und genau dieses Recht muss dann mit
Leben gefüllt werden.**

Endnoten

1 IQB = Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen. Das IQB ist mit der Aufgabe des nationalen Bildungsmonitorings betraut und überprüft regelmäßig, inwieweit die Bildungsstandards erreicht werden.

2 Vgl. Stanat, Petra, Pant, Hans Anand, Böhme, Katrin, Richter, Dirk (Hrsg.), Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik, Münster 2012, S. 137.

3 Stanat, Petra et al., 2011, S. 137.

4 Vgl. Stanat, Petra, Schipolowski, Stefan, Schneider, Rebecca, Sachse, Karoline A., Weirich, Sebastian, Henschel, Sofie (Hrsg.), IQB-Bildungstrend 2021, Münster 2022, S. 58.

5 Stanat, Petra et al., 2011, S. 137.

6 Stanat, Petra et al., 2021, S. 75.

7 Vgl. Koch, Katja, Brodkorb, Mathias, Die Bildungslücke, in: Cicero 12 (2022) 14-25, 23ff.

8 Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (Hrsg.), VERA 8 - 2022 in Baden-Württemberg, Stuttgart 2022, S. 13.

9 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung & Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bildungsbe-richterstattung 2018, Stuttgart 2018, S. 272.

10 Vgl. SWR, Lehrkräfte in BW für Rückkehr zur verbindlichen Grundschulempfehlung, <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/grundschulspflicht-schulen-bildungslehrer-realschule-gymnasium-philologenverband-100.html> [03.04.2023]; Fischer, Christoph, Erziehungsbe-

rechtigte entscheiden sich häufig gegen die Grundschulempfehlung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1 (2021) 23-28, 26f.

11 Vgl. SWR, ebd.; Fischer, Christoph, ebd.

12 Vgl. Fokken, Silke, Haug, Kristin, Himmelrath, Armin, Olbrisch, Miriam, Unterberg, Swantje, Die Leer Anstalt, DER SPIEGEL 12 (2023), S. 8-17.

Sie haben Fragen oder Anregungen? Wir sind für Sie da.



Dr. Timm Kern Mdl

Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Bildung, Hochschulen,
Kirchen und Religionsgemeinschaften

T: 0711 2063-9350
tim.kern@fdp.landtag-bw.de



Alena Fink-Trauschel Mdl

Sprecherin für Berufliche Bildung,
Europa, LSBTTIQ, Frauen und Musik

T: 0711 2063-9270
alena.fink-trauschel@fdp.landtag-bw.de



Dennis Birnstock Mdl

Sprecher für Forschung, frühkindliche
Bildung, Jugend und Sport

T: 0711 2063-9210
dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de



Herausgeber - Impressum:

FDP/DVP-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart · T: 0711 2063-9112

post@fdp.landtag-bw.de · fdp-landtag-bw.de · Stand: Juni 2023

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Die Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.